

Briefmarke + Bildung



Thema:

Der lange Weg zur „Deutschen Einheit“



Herausgeber und Bezug über die BDPH Bundesstelle für philatelistische Jugend- und
Bildungsarbeit Alt Riethagen 15, 29693 Hodenhagen, gegen Voreinsendung von 1,45 EUR
Portokosten

Das Thema: Der lange Weg zur „Deutschen Einheit“ - wurde bearbeitet von Dieter Opfer.

Das dazu entwickelte Arbeitsblatt wurde von Siegfried Dombrowsky erarbeitet.

Eine Übersicht weiterer Hefte zu dieser Reihe und weitere Materialien finden Sie auf unserer
Homepage unter www.bdph.de Rubrik: Schule und Philatelie - Broschüren



Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung der Stiftung zur Förderung der
Philatelie und Postgeschichte e.V. Bonn ermöglicht.

Vervielfältigung jeglicher Art, auch nur auszugsweise, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des
Herausgebers gestattet. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Gestaltung + Druck: Stepwork UG, 29693 Böhme

Inhaltsverzeichnis:

1.	Vorwort	5
2.	1. Vorgeschichte: 40 Jahre Deutschland nach dem 2. Weltkrieg	7
	1.1. Die Entstehung der beiden deutschen Staaten und die Teilung Berlins	7
	1.2. Die Berliner Luftbrücke - ein erster Schritt zur ungewollten Teilung	8
	1.3. Besinnung auf die Bildung eines Nationalstaates und Rückbesinnung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands	9
	1.4. Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR - ein erster Protest gegen die Lebensweise in der DDR	11
	1.5. Die Teilung wird zementiert: Mauerbau und „Eiserner Vorhang“	14
	1.6. Auch nach dem Mauerbau 1961 gab es in der DDR politische und wirtschaftliche Gründe, das eigene Land zu verlassen	16
	1.6.1. Das Wirtschafts- und Währungsgefälle	16
	1.6.2. Der „Postkrieg“ (ca. 1969 - 1985)	17
	1.7. Erste Anzeichen für Veränderungen in der DDR - Ursachen und Verursacher	19
	1.7.1. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR	19
	1.7.2. Annäherung zwischen DDR und BRD	20
	1.7.3. Gorbatschows Politik und Reformen im Ostblock	21
	1.7.4. Die Rolle der Kirche in der DDR	22
	2. Die „Friedliche Revolution“ in der DDR	25
	2.1. Oppositionsgruppen in der DDR	25
	2.2. Ausreiseantrag und Massenflucht	27
	2.2.1. Flucht über Ost-Berlin, Warschau, Budapest und Prag	28
	2.3. Montagsdemonstrationen	30
	2.4. Der Fall der Mauer am 9.11.1989	31
	2.5. Auswirkungen des Umbruchs in Westeuropa und in den Ostblock-Staaten	32

3. Auf den Weg zur „Deutschen Einheit“ _____ 33

3.1. Demokratischer Aufbruch in der DDR _____ 33

3.2. 1.7.1990: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion _____ 34

3.3. Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3.10.1990 _____ 34

3.3.1. Warum gerade der 3.10.1990 _____ 35

3.3.2. Der 2 + 4 - Vertrag und die Vision eines geeinten Europas _____ 36

3.4. Resultate, Lehren und Vorbildfunktion der Wiedervereinigung _____ 37



Vorwort mit etwas Didaktik:

Die Thematik ist chronologisch eingebettet in die deutsche Geschichte nach 1945 und bildet den Abschluss dieses Lehrplankapitels im Geschichtsunterricht an höheren Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) ab Klasse 9.

Zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung wurde von verschiedenen Seiten bemängelt, dass die heute 20-Jährigen von dieser neuen deutschen Geschichte nichts wüssten.

Dazu schrieb Dr. Bernd Althusmann, Kultusminister Niedersachsens, im SVWBL 11-2011 Niedersachsen:

„...am 13.8.2011 jährt sich der Bau der Berliner Mauer zum fünfzigsten Mal. Zu Recht ist das Datum des 13.8.1961 ein „Tag der Schande und der Trauer“ genannt worden. 136 Menschen verloren an der Mauer ihr Leben – und Millionen durch sie ihre Freiheit. Dieser Gedenktag ist Anlass, uns näher mit der Funktionsweise und den Lebensbedingungen in der Diktatur zu beschäftigen. Und wir müssen unsere Einsichten vor allem Kindern und Jugendlichen vermitteln, die die Zeit der deutschen Teilung nicht selber erlebt haben.

Wir haben die Pflicht, junge Menschen über diesen Teil der Geschichte unseres Landes aufzuklären. Doch unsere Pflicht reicht noch weiter. Wir müssen überall, in der Schule, aber auch in der außerschulischen Jugendbildung, der jungen Generation die herausragende und unersetzliche Bedeutung einer funktionierenden Demokratie, der Menschenrechte und der Rechts- und Sozialstaatlichkeit für ein Leben in Freiheit und Würde vermitteln. Wir müssen deutlich machen: Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind auch heute, im wiedervereinigten Deutschland, nicht selbstverständlich. Sie sind, bei allen Unzulänglichkeiten, ein hohes Gut, das verteidigt und ständig gepflegt werden muss: gegen politischen Extremismus von Links und Rechts, gegen religiösen Fundamentalismus, nicht zuletzt auch gegen Gleichgültigkeit, Ermüdung und Verdrossenheit. Wir beobachten heute – gerade bei jungen Menschen – vielfach Desinteresse und Indifferenz gegenüber den Werten und Idealen der Demokratie.“

Das beschädigt die Zustimmung zur Demokratie und verstärkt die Anfälligkeit für den gefährlichen Ruf nach „einfachen Antworten“ und „klaren Verhältnissen“. Doch die Geschichte lehrt uns: Das ist der erste Schritt hin zur Diktatur!

Dem müssen wir begegnen, mit einer Erziehung zur Demokratie an unseren Schulen, aber auch überall dort in der Gesellschaft, wo Menschen erreicht und angesprochen werden können.“

Briefmarken als Bildquellen im Geschichtsunterricht

Briefmarken werden für einen Ausgabe Anlass - oft ein historisches Ereignis - geschaffen. Es sind für diesen Zweck erstellte Bilder, oft auch Reproduktionen von Bildern.

Als Quelle können Bilder gelten, weil aus ihnen Kenntnis der Vergangenheit gewonnen werden kann. Wegen eines großen Bildangebotes („es gibt nichts, was nicht auf einer Briefmarke abgebildet wäre“) und einer relativ leichten Verfügbarkeit bieten Briefmarken oder deren Abbildungen viele Vorteile für den Geschichtsunterricht.

Zu dem methodischen Einsatz von Bildern ist im weltweiten Netz sehr viel bis in letzte Einzelheiten beschrieben. Hier sollen noch einmal vier wichtige Schritte beim Einsatz von Bildern im Unterricht beschrieben werden.

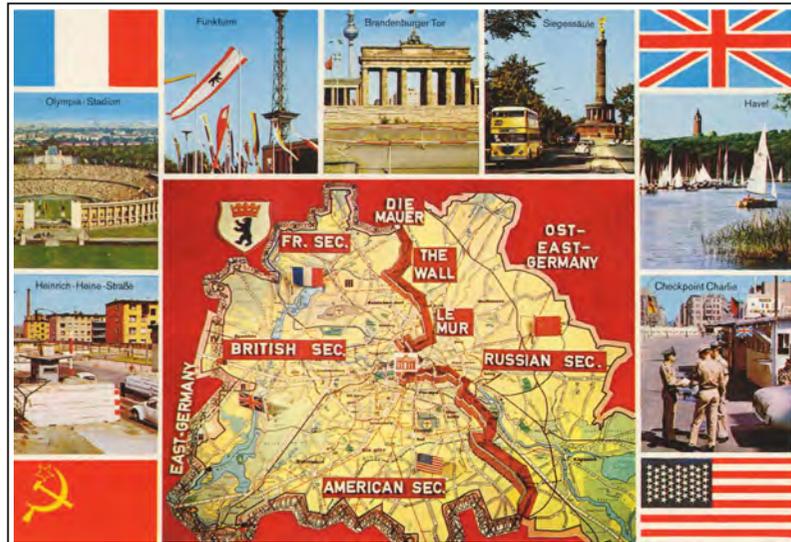
1. Bildbeschreibung (Personen, Gegenstände, Symbole, Orte, und deren Anordnung)
2. Bildanalyse (Wie sind die Personen etc. dargestellt, Bedeutung der Symbole, an wen richtet sich das Bild/die Briefmarke)
3. Interpretation der Bildaussage (Zweck des Bildes, Ziel des Bildurhebers, Was wird warum nicht gezeigt?)
4. Bildbeurteilung (persönliche Sicht und Stellungnahme)

1. Vorgeschichte: 40 Jahre Deutschland nach dem 2. Weltkrieg

1.1. Die Entstehung der beiden deutschen Staaten und die Teilung Berlins

Nach Beendigung des 2. Weltkriegs 1945 wurde Restdeutschland – nach Gebietsabtretungen von Schlesien, Pommern und Ostpreußen - durch die Jaltakonferenz in vier Besatzungszonen (Viermächtestatus) aufgeteilt, die von den alliierten Staaten Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich verwaltet wurden.

Die ehemalige Reichshauptstadt Berlin wurde zunächst in vier Sektoren aufgeteilt, danach in zwei Teile getrennt: Ost-Berlin und West-Berlin. Ost-Berlin wurde einseitig durch die DDR zur Hauptstadt ernannt – ohne internationale Anerkennung. Die junge Bundesrepublik Deutschland entschied sich allerdings 1949 für Bonn als provisorische Hauptstadt. Walter Ulbricht bemühte sich als Vorsitzender des Staatsrats vergebens um die Realisierung des Sozialismus in der DDR. Auch sein Nachfolger, Erich Honecker, scheiterte letztlich. Seit der Wiedervereinigung 1990 ist *das ungeteilte* Berlin Deutschlands Hauptstadt.



1.2. Die Berliner Luftbrücke – ein erster Schritt zur ungewollten Teilung

In Berlin gab es nach dem 2. Weltkrieg zunächst zwei unterschiedliche Währungen. Während die Westmächte dies akzeptierten, lehnten die Ostmächte die Westmark ab.

Um ihr Ziel, die Aufgabe West-Berlins durch die Westmächte, durchzusetzen, erfolgte am 24.6.1948 die Blockade West-Berlins durch die UdSSR. Alle Verkehrsverbindungen zu Lande und zu Wasser wurden blockiert. Diese Abriegelung wurde am 12.5.1949 wieder aufgehoben, weil es den Westmächten gelang, eine Luftbrücke herzustellen, in der fast 400 Flugzeuge täglich im Rhythmus von wenigen Minuten Lebensmittel, Gebrauchsgüter und Heizmaterial nach West-Berlin brachten. Kurz darauf, am 23.5.1949, wurde die BRD gegründet, am 7.10.1949 erfolgte die Gründung der DDR.



Die Blockade West-Berlins vom 24.6.1948 bis 12.5.1949 durch die UdSSR leitete die Trennung Deutschlands und Europas durch den „Eisernen Vorhang“ ein. Der „Eiserne Vorhang“ bildete in Deutschland die Grenze der Sowjetzone zu den drei westlichen Zonen, der amerikanischen, britischen und französischen Zone.

Die UdSSR machte die Grenze von West-Berlin zur umliegenden Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. zu Ost-Berlin dicht. So wollte man sich vor allem gegen das Währungs- und Wirtschaftsgefälle

schützen, da die wirtschaftliche Produktivität im Westen wesentlich höher lag als in der Ostzone.

1.3 Besinnung auf die Bildung eines Nationalstaates und Rückbesinnung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands

Zur Zeit der „Deutschen Revolution von 1848/49“ bestand Deutschland nur als loser Bund verschiedener Länder, Provinzen und Fürstentümern – dem so genannten „Deutschen Bund“. Im Verlauf dieser Revolution kam es zur verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Paulskirche von Frankfurt am Main. Der Versuch, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen, wurde unter der Leitung von Preußen und Österreich mit Gewalt niedergeschlagen.

Die abgebildeten Stempel von 1948, also 100 Jahre nach der Revolution, sollen die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone an die kulturelle und politische Einheit Deutschlands erinnern, deren vorläufiges Ende sich durch die Gründung von BRD und DDR scheinbar abzeichnete. Als Besatzungsmacht vertrat die Sowjetunion in den Anfangsjahren der DDR noch die Ansicht, man könne West- und Ostdeutschland eines Tages wieder vereinigen. Unterschwellig und in verschieden starken Ausprägungen war dieser Wunsch in beiden deutschen Teilstaaten BRD und DDR über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens von 1949 bis 1990 vorhanden.

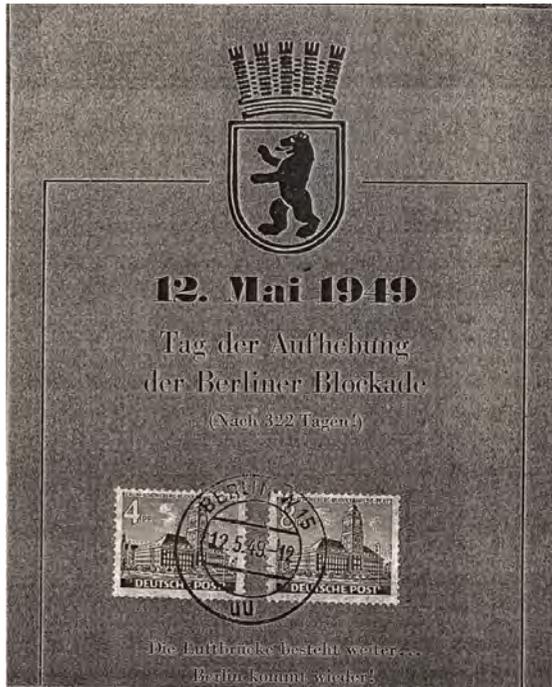


Werbestempel aus Gera:
„1848 mahnt 1948 Einheit Deutschlands“



Politisch inspirierte, kurzfristig geduldet Mischfrankatur aus dem Sommer 1990.

„Wir sind das Volk!“ (DDR) - „Berliner Luftbrücke“ (Berlin) -
Einigkeit und Recht und Freiheit“ (BRD)



12.5.1949
Aufhebung der Berliner Blockade



Eine Luftbrücke dieser Art und in diesen Ausmaßen hat es weder zuvor noch danach in der Geschichte der Menschheit je gegeben.



13.10.2008
„Stiftung Luftbrückendank - Friends - Always.“

1.4. Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR – ein erster Protest gegen die Lebensweise in der DDR



Sonderbriefmarken der Deutschen Post Berlin zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR und Ost-Berlin

Der „Volksaufstand“ oder „Arbeiteraufstand“ rund um den 17. Juni 1953 in der DDR hatte gleich mehrere Ursachen. Die führende Partei (SED) lehnte damals eine Wiedervereinigung Deutschlands ab. Sie beschloss, die DDR-Wirtschaft und den Sozialismus anzukurbeln, indem sie die Arbeitsvorgaben, also die von der Partei vorgegebenen Normen für die einzelnen Betriebe, um ein Vielfaches erhöhte. Dabei machte sie allerdings Fehler: Die Schwerindustrie sollte auf Kosten anderer Bereiche gefördert werden. Das wiederum verursachte enorme Versorgungsengpässe.

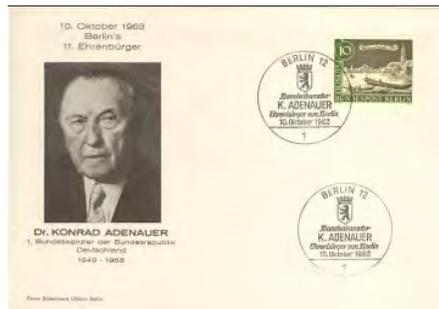
Niedrigere Löhne wären letztlich eine der Folgen gewesen. Diese Fehler der SED bzw. der DDR-Führung bewirkten den Ausbruch von Demonstrationen und Streiks in der Arbeiterklasse im Juni 1953.

Die Streiks begannen in der Ost-Berliner Stalinallee und weiteten sich ab dem 17. Juni auf die gesamte DDR aus. Dabei spielte das Radio im amerikanischen Sektor (RIAS) Berlins eine bedeutsame Rolle.



Der DDR gelang es nicht, aus eigener Kraft die Situation in den Griff zu bekommen. Nur mit Hilfe sowjetischer Panzer konnte damals der Aufstand frühzeitig ohne größeres Blutvergießen, jedoch mit sehr vielen Verhaftungen, beendet werden.

Die BRD wollte sich damals nicht in die „inneren Angelegenheiten“ der DDR einmischen. Sie war alleine nicht handlungsfähig. Es gab allerdings heftige Proteste aus den Reihen westdeutscher Parteien bzw. Politiker.

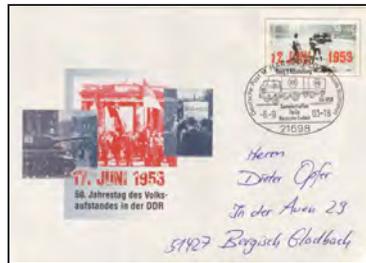


Adenauer (Zitat 23. Juni 1953 in Berlin):
„Wir werden nicht ruhen und werden nicht rasten – diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk – , bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.“

Als Mahnung fasste die Bundesregierung den Beschluss, dass der 17. Juni ab 1954 in der BRD als „Tag der deutschen Einheit“ gefeiert werden sollte.



Im Laufe der vielen Jahre verblasste der Ursprung des 17. Juni 1953 als nationaler Mahn- und Gedenktag. Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung nutzte den Feiertag eher als willkommenen Anlass für einen Ausflugstag ins Grüne. Das änderte sich erst wieder in der Wendezeit 1989/90 nach den Ereignissen in der DDR.



Am 3.10.1990 kam es – eingeleitet durch die „Friedliche Revolution“ vom 9.11.1989 in der DDR und manifestiert durch die Öffnung des Brandenburger Tors am 22.12.1989 - zur Wiedervereinigung Deutschlands. Zu diesem Zeitpunkt wurde der 3. Oktober als jährlicher Nationalfeiertag eingeführt. Daher gab es in der deutschen Geschichte einmalig nur im Jahr 1990 den „Tag der deutschen Einheit“ als Nationalfeiertag gleich zweimal! Der 17. Juni bleibt den Deutschen jedoch auch in Zukunft als „Nationaler Gedenktag“ erhalten.

1.5. Die Teilung wird zementiert: Mauerbau und „Eiserner Vorhang“

Die mehr als 160 Kilometer lange Berliner Mauer wurde am 13.8.1961 errichtet, bildete im „Kalten Krieg“ 28 Jahre lang die Nahtstelle zwischen dem Ostblock und den westlichen Mächten und fiel am 9.11.1989.

Sie ergänzte die 1378 Kilometer lange innerdeutsche Grenze zwischen der BRD und der DDR, die von der Ostsee bis zur CSSR reichte.

Dieser im DDR-Jargon genannte „Antifaschistische Schutzwall“ diente der Fluchtverhinderung von DDR-Bürgern aus ihrem eigenen Land. Der „ungesetzliche Grenzübertritt“ – auch „Republikflucht“ genannt – stand unter Strafe. Für die DDR-Grenzsoldaten galt der Schießbefehl.

Der Plan zum Bau der Berliner Mauer war ein Staatsgeheimnis der DDR-Regierung. Noch kurz davor leugnete Walter Ulbricht den Plan, die Mauer zu errichten. Die Westmächte kannten zwar diese Absicht der DDR, aber nicht den Zeitpunkt des Beginns des Mauerbaus.



„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“
(15.06.1961 - Walter Ulbricht)



Nur kurze Zeit später wurde dieses Versprechen gebrochen.



50. Jahrestag Beginn des Mauerbaus in Berlin





Der Präsident der USA, John F. Kennedy, verbreitete bei seinem Besuch in Berlin vor dem Rathaus Schöneberg am 26.6.1963 – fast 2 Jahre nach Beginn des Mauerbaus und nur wenige Monate vor seinem Tod - durch seine Worte „Ich bin ein Berliner“ Hoffnung auf ein gutes Ende des Berlin-Konflikts und eine glückliche Zukunft für Deutschland.

1.6. Auch nach dem Mauerbau 1961 gab es in der DDR politische und wirtschaftliche Gründe, das eigene Land zu verlassen

1.6.1. Das Wirtschafts- und Währungsgefälle

Gründe für die Fluchtbewegung von Ost nach West waren neben dem Wirtschafts- und Währungsgefälle die Angst vor Repressalien durch die kommunistische Führungsriege bzw. vor den rigorosen Machenschaften der Sowjetunion. Erst nach der „Friedlichen Revolution“ von 1989 bzw. am 1.7.1990 mit der Währungsunion (Einführung der DM in der DDR) endete das deutsch-deutsche Währungsgefälle. Die DDR-Mark war bis dahin nicht konvertierbar. Nach dem Handel mit einem utopischen Schwarzkurs von bis zu 1:10 im Juni 1990 wurde der offizielle Tauschkurs von 1:2 bzw. 1:1 am 1. Juli 1990 festgelegt.



1990: Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD

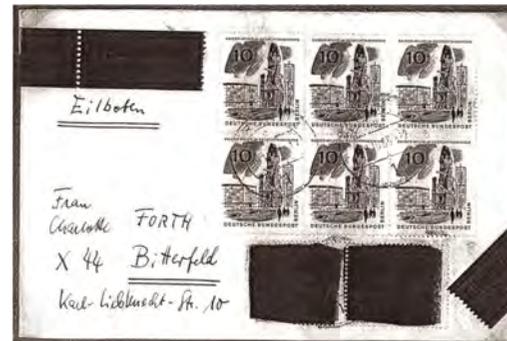


22.1.1998: „Glienicker Brücke“ - 110 Pf

Auf der Glienicker Brücke wurden zuletzt 1985 und 1986 internationale Agenten ausgetauscht. Zwischen 1945 und 1961 (Bau der Berliner Mauer) flohen mehr als 3 Millionen Menschen aus der SBZ / DDR in die BRD. Seit 1952 – also schon vor dem Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR - wurde die innerdeutsche Grenze mittels Zäunen und Bewachung abgesichert. Im Frühjahr 1990 nutzten viele Firmen aus der BRD das Währungsgefälle (bzw. Portogefälle) durch so genanntes Remailing für ihre Zwecke aus. Dieser „Nebeneffekt“ verschwand jedoch gleichzeitig mit dem Tag der Währungsunion am 1.7.1990.

1.6.2. Der „Postkrieg“ (ca. 1969 – 1985)

Größere Bedeutung darf man jedoch dem so genannten „Postkrieg“ beimessen, der punktuell über einen längeren Zeitraum zwischen der Post der DDR und der Deutschen Bundespost ausgetragen wurde. Es gab von der Gründung der beiden deutschen Staaten bis zur Wiedervereinigung einige Briefmarken, die von der anderen Postverwaltung – meist aus politischen oder ideologischen Erwägungen heraus - abgelehnt wurden, wobei die Sendungen meist - irgendwie gekennzeichnet - an den Absender zurückgeschickt wurden. „Postkrieg“ bedeutete also die rechtswidrige Nichtanerkennung bestimmter Postwertzeichen.



Die Briefe stammen aus dem April und Oktober des Jahres 1969. Links ein Stempel mit dem Benachrichtigungstext für den Absender, rechts u.a. die von der DDR nicht anerkannten, geschwärzten Briefmarken



Brief aus dem Jahr 1987 mit durchgestrichenem Ort in der Adresse und rückseitigem Benachrichtigungsstempel des Postamtes Hannover für den Absender. Seit den achtziger Jahren wurden die betroffenen Briefmarken, die von der DDR nicht anerkannt wurden (hier: Vertriebenenmarke der Deutschen Bundespost) nur noch selten geschwärzt



Bei diesem Brief aus dem Jahr 1985 wurde der Stempel des Postamtes Hannover auf der Vorderseite abgeschlagen - es kam zu keiner Schwärzung durch die DDR - Post

1.7. Erste Anzeichen für Veränderungen in der DDR - Ursachen und Verursacher

1.7.1. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR

Seit etwa 1980 ließ die Wirtschaftskraft der DDR, bis dahin hinter der Sowjetunion führend im Ostblock, immer weiter nach, bedingt durch eine überzogene Planwirtschaft und einer daraus folgenden Mängelwirtschaft.

In einem Stasi-Bericht vom 9. September 1989 über Motive der allein im Sommer 1989 nahezu 120 000 gestellten Ausreisanträge wurden überwiegend diese Gründe aufgelistet:

- *Unzufriedenheit über die Versorgungslage*
- *Verärgerung über unzureichende Dienstleistungen*
- *Unverständnis für Mängel in der medizinischen Betreuung und Versorgung*
- *Eingeschränkte Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR und nach dem Ausland*
- *Unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf*
- *Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter*
- *Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern*
- *Unverständnis über die Medienpolitik der DDR“*

(Zitat aus: „1989 – Endlich frei! – Einzelschicksale und Fluchtgeschichten – Deutsche Geschichte zur Wendezeit“ von Dieter Opfer – ISBN 978-3-00-028546-2 - 1. Auflage 2009, S. 408/409)

Letztlich geriet die DDR immer mehr in Abhängigkeit von Zuwendungen aus der BRD. Diese wurden meist mit der Annäherung der beiden Staaten begründet.

1.7.2. Annäherung zwischen DDR und BRD

Die BRD versuchte schon in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts durch ihre Entspannungspolitik, sich der DDR anzunähern.

1975 wurde in Helsinki die KSZE-Akte mit dem Ziel verabschiedet, Ost und West in Europa zu einem geregelten Miteinander zu verhelfen. Die teilnehmenden Staaten USA, Kanada, UdSSR und alle europäischen Staaten (ohne Albanien) verpflichteten sich freiwillig zur Zusammenarbeit in Bezug auf die Menschenrechte sowie in Fragen der Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Umwelt und bei humanitären Angelegenheiten.

Profitierte der Osten, insbesondere Polen und die DDR, damals von der internationalen Anerkennung der Grenzen, von der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und von einem verstärkten wirtschaftlichen Austausch, so wurde die Anerkennung der Menschenrechte in den ersten 10 Jahren danach im Ostblock kaum umgesetzt. Mitte der achtziger Jahre war die Frage der Menschenrechte jedoch die Grundlage für die

Arbeit von osteuropäischen Dissidenten und Menschenrechtsorganisationen wie etwa die Charta 77 in der CSSR, Human Rights Watch und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Damit trug die KSZE maßgeblich zum Zusammenbruch des Ostblocks bzw. zum Ende des Ost-West-Konflikts bei.



1970: In Kassel treffen sich Willy Brandt (BRD) und Willi Stoph (DDR) zu einem Gespräch über Deutschland

1.7.3. Gorbatschows Politik und Reformen im Ostblock

In Polen bewirkte die freie Gewerkschaft „Solidarnosc“ ab 1980 mit Unterstützung der katholischen Kirche und insbesondere auch mit dem Segen des polnischen Papstes Johannes Paul II gravierende Veränderungen im Lande und hatte großen Einfluss auf die politische Wende von 1989.



W€

Glasnost und Perestroika

Michail S. Gorbatschow war seit 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und 1990/91 Präsident der UdSSR. Seine Politik von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) leiteten das Ende des Kalten Krieges ein. Er war der Motor des Wandels, ohne dass er diesen Prozess steuern wollte oder dessen Ergebnisse beabsichtigt hätte. Seine Reformen in der UdSSR wirkten sich nach und nach auf die anderen Staaten des Ostblocks aus. Sie erzeugten berechnete Hoffnungen bei den Menschen vieler Ostblockstaaten, Angst und falsche Erwartungen bei manchen kommunistischen Führungsriege, Mut bei vielen Reformpolitikern und selbst im Westen Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Ost-



Schon 1987 mahnte Ronald Reagan, der damalige Präsident der USA, die UdSSR in einer Rede anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins am Brandenburger Tor, der Schnittstelle der beiden Machtblöcke, zum Abriss der Mauer.

„Mr. Gorbatschow, tear down this wall“

Ungarn nutzte als erstes Ostblockland die neue Freiheit und öffnete im Mai 1989 in kleinen Schritten seine Grenze zum Westen.



Ende des „Eisernen Vorhangs“ - Erinnerung an das Paneuropäische Picknick im August 1989

Das Paneuropäische Picknick fand am 19.08.1989 an der österreichisch – ungarischen Grenze in der Nähe der Stadt Sopron statt. Beide Länder pflanzten dort ein Friedensstreifen, um den im Mai 1989 begonnenen Abbau der Grenzanlagen zu manifestieren. Etwa 600 DDR-Bürger nutzten diese kleine Lücke im „Eisernen Vorhang“ zur Flucht in den Westen. Der besonnenen Haltung der ungarischen Grenzsoldaten – sie schauten einfach in eine andere Richtung – ist es zu verdanken, dass diese Massenflucht unblutig verlief. Das Paneuropäische Picknick gilt als ein bedeutsames Ereignis auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung.



Im folgenden Abschnitt (Zitat aus: „1989 – Endlich frei / Ein Picknick mit Folgen – S. 57“ von Dieter Opfer) spürt man den Hauch der Geschichte und die freigelegten Emotionen intensiv aus der Beschreibung eines DDR-Flüchtlings.

„Viele DDR-Bürger sahen dies aber möglicherweise als Gelegenheit, während des Picknicks zu fliehen. Jedenfalls herrschte seit der Verteilung der Flugblätter auf dem Campingplatz eine allgemeine Aufbruchstimmung. Am 19. war sein Bruder schon vormittags dort, um das Gelände zu erkunden. In der Mittagszeit machten sie sich auf den Weg. Es war viel los und etwa 50 Leute überquerten mit ihnen den Todesstreifen und liefen Richtung Weidezaun. Er blieb bei seinem Bruder, während sie in der Menge schon Heiko und seinen Vater verloren hatten.“

Plötzlich tauchten Journalisten in einem Jeep bei ihnen auf, die auch in Richtung Grenze fuhren. Andreas und Stefan sprangen auf das seitliche Trittbrett des Jeeps und wurden gut 500 Meter mitgenommen. Kurz bevor sie ihr Ziel erreichten, sahen sie schon einige Dutzend Leute vor dem Zaun warten.

Als das Tor plötzlich aufging, war sein Bruder Richtung Österreich verschwunden. Während er noch auf seinen Vater und Heiko wartete und diese auch schnell ankommen sah, war Stefan wieder umgekehrt und meinte so nebenbei, er wäre gerade schon in Österreich gewesen.

Dann verabschiedete sich Stefan von seinem Vater und seinem besten Freund, der in Tränen ausbrach. In diesem Moment entschloss sich Andreas ganz spontan, auch zu fliehen und sagte nur noch schnell: „Ich gehe mit!“ Sein Bruder riet ihm eindringlich ab und meinte, er solle nicht so verrückt sein, schließlich brauche ihn seine Mutter noch. Doch Andreas umarmte ein letztes Mal seinen Vater und danach folgte er seinem Bruder in eine ungewisse Zukunft.

Die beiden anderen machten sich auf den Rückweg. Der Vater wollte seinen Besitz und alles, was ihn an seine Heimat band, nicht so schnell verlassen. Andreas und Stefan freuten sich einerseits auf die neue Zukunft, und waren andererseits alt genug, um die Trennung einigermaßen zu verkraften, wenngleich das keinem der beiden leicht fiel, da man nicht wissen konnte, wann man sich je wiedersehen würde.

Direkt hinter dem Zaun spielten sich irre Szenen ab. Jeder umarmte jeden. Die Menschen freuten sich und waren glücklich. Ein älterer Herr stürzte zu Boden und rief mit zitternder Stimme nur: „Endlich freie Erde!“ Viele Kameras waren auf sie gerichtet. Die Fotografen kamen aus den verschiedensten Ländern.“

Die endgültige Öffnung des Eisernen Vorhangs mit allen Konsequenzen, also auch für Flüchtlinge aus der DDR, erfolgte in Ungarn am 11.09.1989.

1.7.4. Die Rolle der Kirche in der DDR

Die evangelische Kirche in der DDR wurde zusehends zum Refugium für friedliche oppositionelle Gruppen und DDR-Regimekritiker. So nahm 1989 die Nikolaikirche in Leipzig eine beispielhaft-mutige Vorbildfunktion ein, insbesondere auch bei den Montagsdemonstrationen im Herbst 1989.



Wir sind das Volk (Abb. DDR - Marke 28.02.1990 - Marken erzählen - Staat gegenüber Kirche und Opposition

2. Die „Friedliche Revolution“ in der DDR

2.1. Oppositionsgruppen in der DDR

In der DDR gab es keine organisierte oder genehmigte Opposition. DDR-Bürgerrechtler kämpften gegen vielfaches Unrecht der SED-Diktatur im eigenen Land und traten in erster Linie für Reformen in der DDR bzw. als Protest gegen gefälschte Wahlen ein.



18.03.1990 - unverausgabte Marke
zu den Volkskammerwahlen in der DDR



Brief mit dem Absender „Demokratischer Aufbruch“.
Ab Okt. 1989 oppositionelle Gruppierung in der DDR

Viele DDR-Oppositionelle wie auch regimekritische Sänger und andere Künstler wurden aus der DDR des Landes verwiesen. Erst nach der Maueröffnung 1989, nach der Stürmung der Berliner Stasizentrale und vor den ersten freien Wahlen in der DDR bildete sich eine Opposition am „Runden Tisch“, die aus mehreren Oppositionsparteien und -gruppierungen bestand.

2.2. Ausreiseantrag und Massenflucht

Viele DDR-Bürger stellten einen oder mehrere Ausreiseanträge mit dem Ziel, die DDR für immer in Richtung Westen zu verlassen. Diese wurden manchmal genehmigt, häufig aber abgewiesen. Oft folgten drangsalierende Maßnahmen durch die Stasi. Der Beginn der Massenflucht im Sommer und Herbst 1989 über die deutschen Botschaften in Warschau, Budapest und Prag wurde verursacht durch abgelehnte Ausreiseanträge sowie eine große Unzufriedenheit mit der SED-Führung und durch die politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR.

Antrag auf Ausreise aus der DDR		Bitte in Blockschrift ausfüllen (Rückseite beachten)			
		1	2	3	4
Familienname:		Geburtsname:		Vorname:	
Personenkennzahl (PKZ)**		Geburtsort:		männlich weiblich*	
Postleitzahl:		Wohnort/Kreis:		Straße/Nr.:	
Erlerner Beruf:		Letzte / jetzige Tätigkeit*:		Familienstand:	
Letzte / jetzige Arbeitsstelle und Anschrift*:					
Staatsbürgerschaft:		Bei Reise mit Kfz. Angabe des polizeil. Kennzeichens:		Grenzübergangsstelle:	
DDR /					
Mitreisende Kinder bis 14 Jahre (Vorname und Geburtsdatum):				Nr. des Personalausweises:	
Beabsichtigte Dauer der Reise:		Wieviel Tage:		einmalig / mehrmalig* dienstlich / privat	
vom: bis:					
Letzte Reise nach anderen Staaten oder Westberlin: wann: wohin:					
* Nichtzutreffendes streichen ** PKZ dem Personalausweis entnehmen; wenn nicht vorhanden Geburtsdatum eintragen					

Haben Sie Verwandte außerhalb der DDR, die nach 1945 in der DDR gewohnt haben, wenn ja, Name, Vorname, Anschrift, Verwandtschaftsverhältnis, letzter Wohnsitz in der DDR und bis wann (bei Platzmangel bitte gesonderten Bogen beifügen):

Zu wem erfolgt die Ausreise

Familienname: _____ Vorname: _____ Geburtsdatum: _____

Ausgeübte Tätigkeit: _____ Arbeitsstelle: _____

Wohnort, Straße/Nr., Land: _____ Verwandtschaftsverhältnis: _____

_____ den _____ 19_____

Unterschrift

Wird ein Paß benötigt (gültig für 2 oder 10 Jahre)*,	Vermerke	Reisedokument Nr.
Zweitschrift gültig bis _____		erhalten am _____
Größe in cm: _____		Unterschrift
Augenfarbe: _____		
Besondere Kennzeichen: keine/		

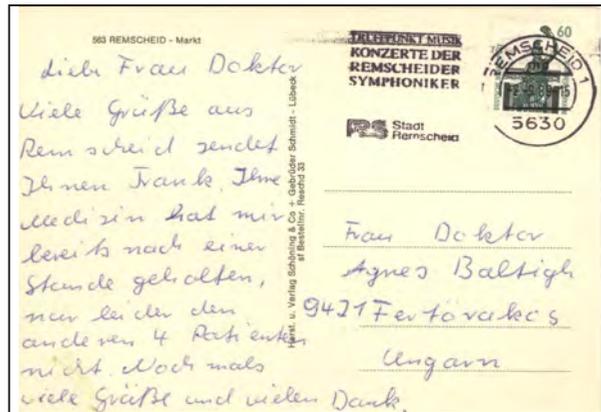
PM 67 g

Vorder- und Rückseite des Antrags auf Ausreise aus der DDR

2.2.1. Flucht über Ost-Berlin, Warschau, Budapest und Prag

Als erstes öffnete Ungarn den Eisernen Vorhang in kleinen Schritten ab dem Frühjahr 1990. Es entwickelte sich eine Massenflucht von DDR-Bürgern, die sich im Herbst auch auf die bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Budapest und Prag übertrug. Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher waren die treibenden Kräfte zur Lösung der Probleme, denen die DDR im Vorverlauf der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag gegenüberstand: Eine Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen, überfüllte Botschaftsgebäude, humanitäre Probleme und Seuchengefahr.

Mit der Öffnung der ungarischen Grenze und dem ersten Zug aus Prag nach Bayern mit vielen DDR-Flüchtlingen war ein erstes Ventil geöffnet worden. Weitere folgten in immer kürzeren Abständen. Diese wurden begleitet von den Montagsdemonstrationen in zahlreichen Städten der DDR. Überall bewies sich die Reformunfähigkeit der kommunistischen Regime. Freiheit und Volkssouveränität waren Anliegen der Protestbewegungen. Bis zur Demokratie als Staatsform waren es aber in vielen Ländern steinige Wege.



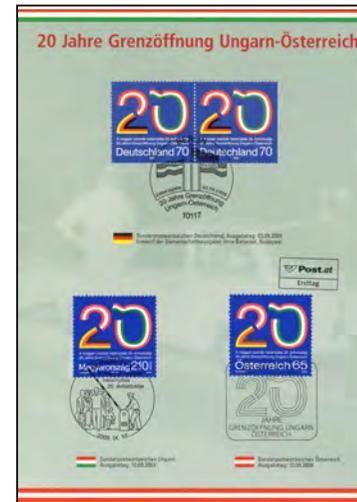
Diese Postkarte aus Remscheid diente als verschlüsselte Nachricht eines (DDR-) Flüchtlings (Patient), der die Fluchthelferin (Frau Doktor) nachträglich darüber informierte, dass er durch ihre Hilfe (Medizin) fliehen konnte. Vier weitere Flüchtlinge scheiterten leider mit ihrer Flucht. Die Fluchthelferin lebt heute in Ungarn, hat ein Buch über ihr Wirken im Sommer 1989 geschrieben und wurde nach der Wende gebührend geehrt. (siehe Buch: „1989 - Endlich frei!“ von D. Opfer)



Züge in die Freiheit



Als erstes Land des Ostblocks öffnete Ungarn den Eisernen Vorhang in kleinen Schritten ab dem Frühjahr 1990. Es entwickelte sich eine Massenflucht von DDR - Bürgern, die sich im Herbst auch auf die bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Budapest und Prag übertrug.



2.3. Montagsdemonstrationen

Die Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 waren neben anderen Aktivitäten ein Rad im Getriebe der „Friedlichen Revolution“ in der DDR. Es handelte sich dabei um Massendemonstrationen, die seit dem 4.9.1989 in Leipzig stattfanden. Andere folgten in etwa zehn weiteren Städten der DDR. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ protestierten Hunderttausende gegen die politischen Verhältnisse und votierten für das Ende der SED-Diktatur. Etwas später kam der Ruf „Deutschland – einig Vaterland“ hinzu.



20 Jahre Friedliche Revolution: Montagsdemonstrationen

2.4. Der Fall der Mauer am 9.11.1989

Neben dem Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, hatte auch der im Jahr 2011 selig gesprochene Papst Paul II im Vorfeld der Ereignisse von 1989 einen entscheidenden Anteil am Zusammenbruch des Kommunismus. Dessen unermüdlicher Einsatz für Religionsfreiheit und Menschenrechte sowie sein klares Eintreten für die Öffnung der Grenzen stützte vor allem die katholische Kirche und andere Kräfte in Polen und Ungarn bei deren Vorhaben, friedliche Reformen einzuleiten.

1961 errichtet, fiel die Mauer 28 Jahre später. Sie sollte damals den Flüchtlingsstrom von DDR-Bürgern ins westliche Ausland stoppen.

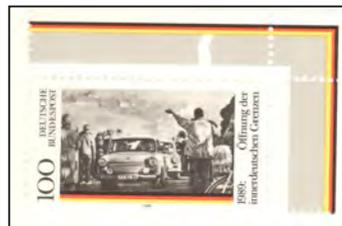
Auslöser für den Fall der Berliner Mauer am 9.11.1989 war eine Pressemitteilung durch ein Mitglied des Politbüros der SED über ein neues Reisegesetz in der DDR, die wegen einer Fehlinterpretation des Textes die sofortige Grenzöffnung ankündigte. Um 22.30 Uhr öffneten sich in Berlin die Schleusen am Grenzübergang Bornholmer Straße, wo der erste Schlagbaum hochging.

Die direkten Ursachen des Mauerfalls lagen aber unter anderem in einer Kombination von oppositionellen Aktivitäten in der DDR, Massenfluchten über die bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Budapest und Prag sowie von Massendemonstrationen in verschiedenen Städten der DDR.

Die wahren Motive waren insbesondere eine allgegenwärtige Politikverdrossenheit, der Wunsch nach allen möglichen Formen von Freiheit (der Meinung, der Rede, der Reise, der Versammlung usw.) und die zuletzt katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse.



9. Nov. 1989



5 Jahre Öffnung der innerdeutschen Grenzen



10 Jahre Öffnung der innerdeutschen Grenzen

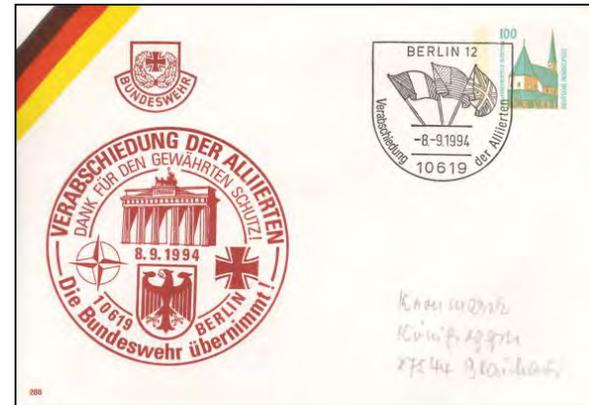
2.5. Auswirkungen des Umbruchs in Westeuropa und in den Ostblock-Staaten

Die konkreten Auswirkungen sahen bei den einzelnen Ländern des Ostblocks so aus:

Die DDR und die BRD wurden 1990 wieder vereint. Die UdSSR zerfiel in viele einzelne Staaten. Die CSSR wurde in zwei Länder geteilt, Ungarns Regierung bekannte sich zur Demokratie. In Polen stürzte die freie Gewerkschaft „Solidarnosc“ das herrschende kommunistische Regime. In Rumänien wurde der kommunistische Diktator gewaltsam entmacht. Letztlich erfolgte der Zusammenbruch des Ostblocks, und der „Eiserne Vorhang“, der als Grenze von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer führte, wurde niedergerissen.



Am 22.12.1989 wurde das Brandenburger Tor in Berlin für Fußgänger geöffnet



1994 wurden die westlichen Alliierten und die Russen aus Berlin feierlich verabschiedet

In die Zeit von der Öffnung der innerdeutschen Grenze bis zu den ersten freien Wahlen in der DDR fielen zahlreiche Gründungen von Oppositionsparteien in der DDR, die schon länger in den Startlöchern saßen.

3. Auf dem Weg zur „Deutschen Einheit“

3.1. Demokratischer Aufbruch in der DDR

Bundeskanzler Helmut Kohl nutzte die Gunst der Stunde, um die DDR-Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen. Er traf sich am 19. Dezember 1989 zu Gesprächen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow. Unvergessen blieb seine Rede in Dresden, in der er die Dresdner Bevölkerung von seinen Plänen begeisterte.



19.12.1989

Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in der DDR. Seine Ankündigung von „blühenden Landschaften“ in der DDR rief Jubelstürme in der Dresdner Bevölkerung hervor.

Im Dezember 1989 und Januar 1990 wurde die Stasi entmachtet. Das Volk verschaffte sich mit Nachdruck Einlass in die Zentralen der Staatssicherheit. Bürgerliche Parteien und Bewegungen übernahmen die Verhörzentralen in den verschiedenen Städten.

Während am 6.5.1989 noch die Wahlergebnisse von der SED gefälscht wurden, fanden im Mai 1990 erstmals nach vielen Jahren freie und demokratische Kommunalwahlen in der DDR statt. Am „Runden Tisch“ setzte sich das „Neue Forum“ mit anderen Parteien zusammen, um über die Zukunft der DDR zu beraten und sich mit der BRD abzustimmen. Aus dem Protestruf gegen das DDR-Regime „Wir sind das Volk“ wurde die politische Willensbekundung zur Einheit Deutschlands „Wir sind ein Volk“!

3.2. - 1.7.1990: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR trat am 1.7.1990, einem Sonntag, in Kraft.

Die Währungsunion bedeutete den Umtausch von Ostmark in die DM. Die Deutsche Bundesbank war seitdem alleinige Währungs- und Notenbank.

Die Wirtschaftsunion hatte zur Folge, dass die soziale Marktwirtschaft als Grundlage auch in der DDR eingeführt wurde. Schon am 1.3.1990 erfolgte die Gründung der „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“.

Die Sozialunion bedeutete eine Umstrukturierung der sozialen Gegebenheiten in der DDR nach dem Vorbild der BRD.



3.3. Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3.10.1990

Der Beitritt der DDR zur BRD erfolgte am 3.10.1990. Unter dem Begriff „Tag der Deutschen Einheit“ gilt dieser Tag laut Einigungsvertrag als Deutschlands Nationalfeiertag (gesetzlicher Feiertag), da an diesem Tag die Deutsche Wiedervereinigung vollzogen wurde. Er wird ab dem 3.10.1990 jedes Jahr gefeiert.

Auf der einen Seite wurde von 1954 bis 1990 immer der 17. Juni in der BRD in Gedenken an den Volksaufstand in der DDR als „Tag der deutschen Einheit“ und als gesetzlicher Feiertag begangen, auf der anderen Seite wurde in der DDR seit 1949 der 7. Oktober, also der Tag der Staatsgründung, auch „Tag der Republik“ genannt, bis zum 40-jährigen Jubiläum 1989 als Nationalfeiertag geehrt.

3.3.1. Warum gerade der 3.10.1990?

Die letzte DDR-Regierung fürchtete den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch ihres Landes. Daher wollte sie den frühesten Termin, der nach dem 2.10.1990 kam, als „Tag der Deutschen Einheit“ deklarieren. An jenem Tag wurden die Außenminister auf der KSZE-Konferenz über die 2+4 – Verhandlungen informiert. So kam es dazu, dass der 3.10.1990 als „Tag der Deutschen Einheit“ von der DDR und der BRD festgelegt wurde



Ein Brief, der am letzten Tag der DDR, dem 2.10.1990, mit dem Stempel der DDR - Antarktisstation „Georg Forster“ aus Anlass der 3. DDR - Antarktisexpedition 1989 - 1991 abgestempelt wurde



Letzter Tag der DDR: 2.10.1990

3.3.2. Der 2+4-Vertrag und die Vision eines geeinten Europas

Der 2+4-Vertrag ist ein Staatsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den Siegermächten des 2. Weltkriegs, der USA, der SU, Großbritannien und Frankreich. Er wurde am 12.9.1990 in Moskau unterzeichnet und trat am 15.3.1991 in Kraft. Der Vertrag besiegelte das Ende der Teilung Deutschlands und das Ende des Eisernen Vorhangs in Europa. Er gilt als Neubeginn für eine friedliche Ordnung in Europa. Hatten viele Länder schon vor 1990 gezielt auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas hingearbeitet, so stand nun auch das Tor zu einer politischen Einheit Europas weit offen.



3.4. Resultate, Lehren und Vorbildfunktion der Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung von BRD und DDR zu einem Deutschland hat seit dem 3.10.1990 zu vielen positiven Ergebnissen geführt. In den neuen Bundesländern wurden mit Hilfe von staatlichen Förderprogrammen, der Treuhandanstalt, den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“, deutsch-deutschen Städtepartnerschaften und vielen anderen Aktivitäten die Wirtschaft und Infrastruktur ergänzt bzw. neu aufgebaut.



Die Länder im vereinten Deutschland



3.1.0.2004 Tag der Deutschen Einheit in Erfurt



Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit Nr. 17“ und Wiederaufnahme des Zugverkehrs DDR-BRD im Harz

Die „Mauer“ in den Köpfen der Menschen aus Ost- und Westdeutschland soll nach und nach abgebaut werden. Dies dürfte aber erst nach einer größeren Zeitspanne und im Zuge einer möglichst gerechten Sozial- und Familienpolitik in Zukunft vollständig gelingen. Gute Ansätze sind heute, mehr als 20 Jahre später, schon weit verbreitet vorhanden.



Die einzige erfolgreiche und zugleich friedliche Revolution der deutschen Geschichte im Jahr 1989 sollte den Deutschen und im Ausland als Vorbild dienen, Konflikte möglichst friedlich beizulegen. Getrennte Länder wie Nord- und Südkorea könnten davon profitieren.

Der 18. Jahrestag der Deutschen Einheit - Süd-Korea wünscht sich ebenfalls die Einheit mit Nord-Korea. (Entwurf der Ganzsache der südkoreanischen Post unter Mitwirkung des deutsch sprechenden, südkoreanischen Professors Chashik Shin)

Lösungen der Fragen des Arbeitsblattes

- 01.** USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien
- 02.** Frankfurt und Berlin
- 03.** BRD: 23.Mai 1949; DDR: 07.Oktober 1949
- 04.** Die atomare Aufrüstung (Wettrüsten)
- 05.** Professor Theodor Heuss
- 06.** Wilhelm Pieck
- 07.** Walter Ulbricht und Erich Honecker
- 08.** Durch den Arbeiteraufstand in Berlin
- 09.** Durch den Beginn des Mauerbaus
- 10.** Sechzehn
- 11.** 03.Oktober
- 12.** Richard v. Weizsäcker, Roman Herzog, Johannes Rau
- 13.** Auflösung und Integration in die Bundeswehr
- 14.** Helmut Kohl
- 15.** Leipzig
- 16.** 01.07.1990
- 17.** Michael Gorbatschow und Eduard Schewardnadse
- 18.** Willy Brandt

